

hielt aber die ihr bei ihrer Gründung zugewiesenen Funktionen. In der EGKS wurde ein gemeinsamer Markt für Kohle und Stahl geschaffen. Sie leistete einen wichtigen Beitrag zur Nutzung der Schwerindustrie ihrer Mitgliedsländer für das Wettrüsten der NATO. Die Krise in der Stahlindustrie und der zunehmende Konkurrenzkampf zwischen den Monopolen der Mitgliedstaaten zeigte in den letzten Jahren auch in diesem Bereich deutlich die Grenzen supranationaler staatsmonopolistischer Regulierungsmechanismen. Durch Produktionsquoten und Preisfestlegungen sucht die EGKS der Stahlkrise im Interesse der Stahlkonzerne entgegenzuwirken.

Euratom wurde mit der Absicht gegründet, Anstrengungen der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Nuklearforschung zu unterstützen, eine gemeinsame Nuklearpolitik zu fördern und zur Entwicklung der Kernindustrie beizutragen. Infolge divergierender Interessen und unterschiedlicher energiepolitischer Orientierung der Mitgliedstaaten stagnierte Euratom seit Anfang der 60er Jahre. Sie leistete nur einen begrenzten Beitrag zur Entwicklung der Zusammenarbeit im Nuklearbereich und konnte die weitgesteckten Ziele einer gemeinsamen Nuklearpolitik und einer Integration der Kernindustrie der Mitgliedstaaten nicht erreichen.

Auf Grund eines Vertrages vom 8. 4. 1965 über die Fusion der wichtigsten Institutionen der EWG, Euratom und EGKS, der am 1. 7. 1967 in Kraft trat, entstand aus den »Räten« (Ministerräten) der EWG, der EGKS und der Euratom ein »Rat« der EG; an die Stelle der Kommissionen der EWG und Euratom sowie der Hohen Behörde der EGKS trat eine gemeinsame Kommission der EG. Dadurch entstand ein gemeinsamer institutioneller Rahmen für die drei Integrationsverbände, die bereits nach dem Abkommen vom

25. 3. 1957 einige gemeinsame Institutionen besaßen (parlamentarische »Versammlung«, »Gerichtshof«, »Wirtschafts- und Sozialausschuß«). Absichten, auch die der EWG, EGKS und Euratom zugrunde liegenden Verträge zu fusionieren, führten zu keinem Erfolg. Seit 1970 existiert ein außenpolitischer Koordinierungsmechanismus zwischen den EG-Staaten. Imperialistische und sozialreformistische Kreise sind bestrebt, die EG-Gruppierung über eine außenpolitische Kooperation hinaus in eine politische Union, in einen Staatenblock mit militärischen Aspekten zu verwandeln, wodurch die politisch-militärische Spaltung weiter vertieft und die europäische Sicherheit untergraben würde.

europäische Sicherheit: Gewährleistung des Friedens, der Sicherheit der Völker vor imperialistischer Aggression und der Entwicklung der gleichberechtigten Zusammenarbeit zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung in Europa durch gemeinsame, kollektive Bemühungen der Staaten auf politischem, militärischem, ökonomischem und kulturellem Gebiet. Ein System der e. S. soll schließlich an die Stelle der gegenwärtig in Europa bestehenden, in ihrem Wesen und ihren Zielen unterschiedlichen Militärkoalitionen treten (—\*■ *Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand, 1955*, —\* *Nordatlantikpaktorganisation*). Mittels der —► *Entspannungspolitik* als einziger vernünftiger Alternative angesichts der Gefahr eines nuklearen \* Weltkrieges sollen die Prinzipien der —\*■ *friedlichen Koexistenz* in den Beziehungen zwischen den Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung umfassend durchgesetzt und die historisch unvermeidliche Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus unter Ausschluß kriegerischer Mittel in Form des friedlichen Wettbewerbs der bei-